

386006-2025 - Wettbewerb

Deutschland – Rohrleitungen, Rohrleitungssysteme, Leitungen, Ummantelungen, Verrohrungen und zugehörige Artikel – WW 8004 - Leidingen-Dillingen, Lieferung von Rohrmaterial

OJ S 113/2025 16/06/2025

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Lieferleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Creos Deutschland Wasserstoff GmbH

E-Mail: einkauf@encevo.de

Rechtsform des Erwerbers: Organisation, die einen durch einen öffentlichen Auftraggeber subventionierten Auftrag vergibt

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Wirtschaftliche Angelegenheiten

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: WW 8004 - Leidingen-Dillingen, Lieferung von Rohrmaterial

Beschreibung: Auftragsgegenstand ist die Beschaffung (Lieferung und der Erwerb) des erforderlichen Rohrmaterials (DN 600) für die Errichtung einer ca. 16 km langen Gashochdruckleitung von Leidingen - Dillingen (Maßnahme WW 8004) im Rahmen der Errichtung eines grenzüberschreitenden Wasserstoffnetzes (Wasserstoffleitungen "mosaHYc")

Kennung des Verfahrens: 60ecbcf0-48ff-4819-bcb0-1fc4c1848c64

Interne Kennung: CDW 2025-0001-EU / 26.01-009

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

Zentrale Elemente des Verfahrens: Auftragsgegenstand ist die Beschaffung (Lieferung und der Erwerb) des erforderlichen Rohrmaterials (DN 600) für die Errichtung einer ca. 16 km langen Gashochdruckleitung von Leidingen - Dillingen (Maßnahme WW 8004) im Rahmen der Errichtung eines grenzüberschreitenden Wasserstoffnetzes (Wasserstoffleitungen "mosaHYc"). Der Zuschlag wird auf das wirtschaftlichste Angebot gemäß der in den Vergabeunterlagen genannten Kriterien erteilt. Weitere Hinweise zum Ablauf des Offenen Verfahrens sind der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots und der Ausschreibungsleitfaden (siehe Dokument B04 "Informationen zur Angebotsabgabe") zu entnehmen.

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 44160000 Rohrleitungen, Rohrleitungssysteme, Leitungen, Ummantelungen, Verrohrungen und zugehörige Artikel

Zusätzliche Einstufung (cpv): 44163000 Rohrleitungen und Formstücke, 44162000 Rohrleitungssysteme, 44161100 Gasleitungen, 44161000 Pipelines

2.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland

Ort im betreffenden Land

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: Bekanntmachungs-ID: CXP4DY55JGX

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Auftragsunterlagen

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: WW 8004 - Leidingen-Dillingen, Lieferung von Rohrmaterial

Beschreibung: Die Creos Deutschland GmbH ist Eigentümerin und Betreiberin eines ca. 1.700 km langen Gashochdruckleitungsnetzes. Das Leitungsnetz dient der öffentlichen Gasversorgung im Bereich des Saarlandes und in weiten Teilen von Rheinland-Pfalz. Zur langfristigen Sicherstellung der Leistungsfähigkeit einer bedarfsgerechten Versorgung der Region wurde ein Investitionsprogramm für die zukunftsfähige Ausrichtung des Gashochdrucknetzes entwickelt. Seit August 2020 darf sich das Saarland hierbei offiziell als HyExpert-Wasserstoffmodellregion bezeichnen. Herzstück der Modellregion sind verschiedene Projekte, die im Zusammenspiel das Konzept für die zukünftige Nutzung von Wasserstoff im Saarland darstellen, insbesondere das grenzüberschreitende Infrastrukturprojekt mosaHYc. Grundlegendes Ziel des Projektes mosaHYc ist es gemeinsam mit einem französischen Gasnetzbetreiber ein ca. 90 Kilometer langes grenzüberschreitendes Wasserstoffnetz zu schaffen. Durch die Errichtung des mosaHYc-Leitungsnetzes sollen in der Region erste Wasserstoffproduktionskapazitäten aufgebaut und erste industrielle Prozesse in der regionalen Stahlindustrie auf Wasserstoff umgestellt werden und perspektivisch durch den Einsatz von grünem Wasserstoff erhebliche CO₂-Einsparungen erzielt werden. Ein Bestandteil des mosaHYc-Leitungsnetzes ist der Neubau einer Wasserstoffleitung (DN 600, DP 70 Wasserstoff) zwischen Leidingen und Dillingen (ca. 16 km Gesamtlänge), die das Stahlwerk in Dillingen mit der bestehenden Pipeline Carling-Perl verbinden soll. Nach derzeitiger Terminplanung wird der Planfeststellungsbeschluss bis 05/2026 erwartet und der Baubeginn Mitte 2026 angestrebt. Bauherrin ist die hierfür gegründete Projektgesellschaft Creos Deutschland Wasserstoff GmbH. Auftragsgegenstand ist die Beschaffung (Lieferung und der Erwerb) des für das Bauvorhaben erforderlichen Rohrmaterials (DN 600) als Materialbeistellung des Auftraggebers für das/die mit der Errichtung der Rohrleitung beauftragten Rohr- und Tiefbauunternehmen. Lieferung ist gestaffelt in drei gesonderten Bestellabrufen im Zeitraum Juni 2026 bis April 2027 frei Baustelle auf die vom Auftraggeber benannten Lagerplätze der beauftragten Tief- und Rohrbaufirmen entlang der Rohrleitungstrasse oder andere vom Auftraggeber definierte Bestimmungsorte. Der Auftragnehmer schuldet auch die gesamte Lieferlogistik und das Abladen des Rohrmaterials und ist für die sichere Lagerung des Rohrmaterials entsprechend den Vorgaben des Herstellers verantwortlich. Soweit es zu bauseitigen Verzögerungen kommen sollte, wird die Zwischenlagerung von vorproduziertem Rohrmaterial durch den Auftragnehmer bis zur Auslieferung vorgesehen.

Interne Kennung: CDW 2025-0001-EU / 26.01-009

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Lieferleistungen

Haupteinstufung (cpv): 44160000 Rohrleitungen, Rohrleitungssysteme, Leitungen, Ummantelungen, Verrohrungen und zugehörige Artikel
Zusätzliche Einstufung (cpv): 44163000 Rohrleitungen und Formstücke, 44162000 Rohrleitungssysteme, 44161100 Gasleitungen, 44161000 Pipelines

5.1.2. Erfüllungsort

Land: Deutschland
Ort im betreffenden Land

5.1.3. Geschätzte Dauer

Datum des Beginns: 11/08/2025
Enddatum der Laufzeit: 30/06/2027

5.1.4. Verlängerung

Maximale Verlängerungen: 4
Weitere Informationen zur Verlängerung: Für das Vorhaben ist ein Planfeststellungsverfahren durchzuführen und die Rohrleitungstrasse ist privatrechtlich zu sichern. Dies birgt Verzögerungsrisiken. Als spätester Liefertermin wird bislang Juni 2027 angenommen. Der Zeitraum kann sich verlängern, wenn sich das Projekt verzögert.

5.1.6. Allgemeine Informationen

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:other-sme# a) Der Auftraggeber ist Zuwendungsempfänger im Sinne des § 99 Nr. 4 GWB. b) Zu Kooperationsformen im vorliegenden Vergabeverfahren: Die Unterlagen zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen sowie zur wirtschaftlichen und finanziellen und zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit (Eignungsunterlagen) sind bei Vorliegen einer Bietergemeinschaft für jedes Mitglied der Bietergemeinschaft in einer gesonderten "Eigenerklärung der Eignung" (Anlage B09.0) vorzulegen. Bietergemeinschaften haben einen berechtigten Vertreter zu benennen (Formblatt 234). Beabsichtigt der Bieter oder ein Mitglied einer Bietergemeinschaft, sich zum Nachweis der wirtschaftlichen und finanziellen oder technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit auf Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (z. B. durch Unterauftragnehmer) zu berufen, so sind die entsprechenden Eignungsunterlagen für die anderen Unternehmen insoweit in einer gesonderten "Eigenerklärung zur Eignung" (Anlage B09.0) vorzulegen, als die Bezugnahme auf die Leistungsfähigkeit Dritter erfolgt. Zusätzlich hat der Bieter/die Bietergemeinschaft gesondert mit dem Angebot die "Verpflichtungserklärung Eignungsleihe" der anderen Unternehmen vorzulegen (Formblatt 236), nach deren Inhalt die rechtlich und tatsächlich abgesicherte Verfügbarkeit über die entsprechenden Ressourcen der Dritten nachgewiesen wird. Zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen von jedem eignungsverleihenden Unternehmen sind die entsprechenden Erklärungen in der Anlage B09.0 abzugeben. Bei einer Bezugnahme auf Kapazitäten eines anderen Unternehmens im Hinblick auf die wirtschaftliche oder finanzielle Leistungsfähigkeit ist durch dieses ausdrücklich zu bestätigen, dass es mit dem Bieter/der Bietergemeinschaft im Auftragsfall gemeinsam für die Auftragsdurchführung entsprechend dem Umfang der Eignungsleihe haftet (Formblatt 236). Beabsichtigt der Bieter, im Hinblick auf vorzulegende Nachweise für die erforderliche technische und berufliche Leistungsfähigkeit (bspw. Referenzen) die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen, so ist durch dieses ausdrücklich zu bestätigen, dass es die Leistungen im Auftragsfall als Unterauftragnehmer erbringen wird, für die diese Kapazitäten benötigt werden (Formblatt 236). Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von

Unterauftragnehmer ausführen zu lassen, ohne dass ein Fall der Eignungsleihe vorliegt, so muss er die dafür vorgesehenen Leistungsbereiche und Teilleistungen in Formblatt 235 angeben. c) Eignungsprüfung Die Angebote sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache in Textform über die Vergabeplattform des Auftraggebers einzureichen, bei fremdsprachigen Dokumenten mit deutscher Übersetzung. Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§§ 123, 124 GWB) Jeder Bieter und jedes Mitglied einer Bietergemeinschaft und jeder Nachunternehmer im Falle der Eignungsleihe müssen mit dem Angebot folgende Eigenerklärungen abgeben: - Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen. - Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB). - Angabe, ob ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder der Antrag mangels Masse abgelehnt oder ein Insolvenzplan rechtskräftig i.S.d. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB bestätigt wurde. - Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen insbesondere nicht gegen Landestariftreue- und Mindestlohngesetz verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB). - Angaben zur Liquidation und Einstellung der Tätigkeit i.S.d. § 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB. - Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB). - Eigenerklärung, dass mit anderen Unternehmen keine Vereinbarungen getroffen oder Verhaltensweisen aufeinander abgestimmt wurden, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB). - Eigenerklärung, dass kein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann (§ 124 Abs. 1 Nr. 5 GWB) - Eigenerklärung, dass keine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann. (§ 124 Abs. 1 Nr. 6 GWB). - Eigenerklärung, dass das Unternehmen keine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat (§ 124 Abs. 1 Nr. 7 GWB). - Eigenerklärung, dass das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien keine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu erbringen (§ 124 Abs. 1 Nr. 8 GWB). - Eigenerklärung, dass zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen wegen unzulässiger Beeinflussung des öffentlichen Auftraggebers nach § 124 Abs. 1 Nr. 9 GWB. - Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i. S. v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (SchwarzArbG) vorliegt. - Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein im Sinne des § 22 Abs. 1 und Abs. 2 des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) relevanter rechtskräftig festgestellter Verstoß gegen das LkSG vorliegt. - Eigenerklärung, dass die Bestimmungen des Saarländischen Tariftreue- und Fairer-Lohn-Gesetzes (STFLG) in der Fassung vom 08.12.2021 zur Kenntnis genommen wurden und im Falle einer Auftragserteilung die Verpflichtungen gemäß §§ 3, 6, 7, 12 Abs. 2 und 13 STFLG vollständig eingehalten werden. Die Vergabestelle behält sich vor, zu prüfen, ob weitere fakultative Ausschlussgründe im

Sinne von §§ 124 bis 126 GWB vorliegen, zu denen keine Eigenerklärung gefordert wird, und gegebenenfalls Bieter, bei denen fakultative Ausschlussgründe vorliegen, auszuschließen. Der Auftraggeber wird die frist- und formgerecht eingegangenen Angebote zunächst auf Vollständigkeit prüfen. Der Auftraggeber behält sich nach § 56 VgV unter Einhaltung der Grundsätze der Transparenz und der Gleichbehandlung vor, die Bieter aufzufordern, fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen oder sonstige Nachweise nachzureichen, zu vervollständigen oder zu korrigieren. Der Auftraggeber wird anschließend die vollständigen und fristgerecht eingegangenen Angebote inhaltlich sowie auf das Nichtvorliegen von Ausschlussgründen prüfen. Unbeschadet etwaiger Mindestanforderungen wird der Auftraggeber inhaltlich prüfen, ob die grundsätzliche Eignung des Bieters nach den benannten Eignungsunterlagen vorliegt. Kann im Ergebnis die grundsätzliche Eignung nicht bejaht werden, wird das Angebot nicht berücksichtigt. Die Eignungsprüfung bezieht sich auch auf die Einhaltung etwaiger Mindestanforderungen an die Eignung. Der Auftraggeber verweist ausdrücklich auf die Geltung der in Art. 5k) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 genannten Verbote einer Auftragserteilung und die hierzu geforderten Eigenerklärungen. Nichtvorliegen von Bezügen zu Russland (Bedingung für den Auftrag): Eigenerklärung des Bieters, dass kein Verbot einer Auftragsvergabe an den Bieter nach Art. 5k) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 vorliegt. Eigenerklärung des Bieters, dass er im Auftragsfall keine Unterauftragnehmer /Nachunternehmer, Lieferanten oder die Eignung leihende Dritte einsetzen wird, für die Art. 5k Abs. 1 a) - c) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 zutrifft (siehe oben) und auf die mehr als 10% des Auftragswerts entfallen. Die Zuschlagserteilung erfolgt nicht durch Zuschlagsschreiben, sondern als Vertragsunterzeichnung vom Auftraggeber und dem Auftragnehmer.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 5.000.000 EUR für Personenschäden und mindestens 5.000.000 EUR für Sach- und Vermögensschäden oder, dass im Auftragsfall die entsprechende Versicherung abgeschlossen wird (mit Nachweis durch ein Bestätigungsschreiben der Versicherung). Die Deckungssummen müssen je Schadenfall und zweifach im Jahr zur Verfügung stehen. (Mindestbedingung).

Kriterium: Spezifischer Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eigenerklärung des Bieters/der Bietergemeinschaft, dass im Bereich der zu vergebenden Leistungen in den Jahren 2022 bis 2024 ein Umsatz in Höhe von jährlich mindestens 500.000 EUR (netto ohne Umsatzsteuer) nachgewiesen werden kann (Mindestbedingung). Die Umsätze im Bereich der zu vergebenden Leistungen sind für die Jahre 2022 bis 2024 anzugeben. Bei Bietergemeinschaften und im Falle einer Eignungsleihe werden die Umsätze pro Jahr addiert. (Mindestbedingung)

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Lieferungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Referenzauftrags über die Lieferung von Rohrmaterialien (Mindestbedingung): Eigenerklärung zu einem Referenzauftrag des Bieters / mindestens eines Mitglieds der Bietergemeinschaft: Gefordert ist der Nachweis, dass in mindestens einem früher ausgeführten Lieferauftrag innerhalb der letzten drei Geschäftsjahre die Lieferung von Rohrmaterialien (Stahlrohre und Bögen) einschl. Logistikleistungen eigenverantwortlich erbracht wurden. Berücksichtigt werden auch Referenzaufträge, die bis zu fünf Jahre zurückliegen. Es können nur Referenzaufträge gewertet werden, bei denen folgende Mindestbedingungen erfüllt sind: o Auftragsgegenstand: Lieferung von Rohrmaterialien einschl. auftragsbezogener Logistik o Mindestumfang: Lieferung von insgesamt mindestens 5 km Rohrlänge o Materialart: Stahlrohre o Leistungsinhalt: Beschaffung oder Herstellung des Rohrmaterials, Lieferung, Logistik, Transport und Abladen des Rohrmaterial an den Lieferorten o Erbringungszeitpunkt: 01.01.2020 bis zur Frist für den Eingang der Angebote Der Nachweis erfolgt durch Eigenerklärung. Mit der Eigenerklärung sind folgende Angaben zum Referenzauftrag zu machen: o Projektname o Auftraggebers mit Angabe Ansprechpartner für Rückfragen (Name, Telefonnummer) o Auftragsgegenstand (kurze Beschreibung der erbrachten Leistungen) o Gesamtlänge (Rohrlänge) der gelieferten Rohrmaterialien o Materialart o Beschreibung der logistischen Anforderungen o Erbringungszeitpunkt (Monat/Jahr der vollständig erbrachten Lieferleistung)

5.1.10. Zuschlagskriterien

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Preis

Beschreibung: siehe Vergabeunterlagen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 90

Kriterium:

Art: Preis

Bezeichnung: Stornierungs-Pauschale (%-Wert der Auftragssumme netto)

Beschreibung: siehe Vergabeunterlagen

Kategorie des Gewicht-Zuschlagskriteriums: Gewichtung (Punkte, genau)

Zuschlagskriterium — Zahl: 10

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 09/07/2025 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DY55JGX/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DY55JGX>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4DY55JGX>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Beschreibung der finanziellen Sicherheit: Sicherheiten gemäß Vergabeunterlagen

Frist für den Eingang der Angebote: 16/07/2025 11:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 8 Wochen

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Siehe Erläuterungen in Ziff. 4. der Information zur Angebotsabgabe (Ausschreibungsleitfaden). Es gilt die gesetzliche Ausgangslage nach § 56 VgV.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: ja

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Künftige Arbeitsgemeinschaften müssen das Angebot als Bietergemeinschaft einreichen. Der Auftraggeber macht keine Vorgaben bzgl. der Rechtsform im Auftragsfall. Der bevollmächtigte Vertreter einer Bietergemeinschaft muss jedoch gesamtschuldnerisch haften. Zum Nachweis des Vorliegens einer Bietergemeinschaft muss eine ausdrückliche Erklärung der Bieter mit dem Angebot eingereicht werden, in welchem die Mitglieder der Bietergemeinschaft benannt werden sowie dasjenige Mitglied der Bietergemeinschaft, welches die Bietergemeinschaft im vorliegenden Vergabeverfahren gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und im Auftragsfall gesamtschuldnerisch haftet. Die vorbeschriebene Bietergemeinschaftserklärung (Formblatt 234) muss von sämtlichen Mitgliedern der Bietergemeinschaft in Textform abgegeben werden.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Bundes

Informationen über die Überprüfungsfristen: Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen (§ 160 GWB) Auf die Rügeobliegenheiten nach § 160 Abs. 3 GWB wird verwiesen. Ein Nachprüfungsantrag ist nach § 160 Abs. 3 S.1 Nr. 4 GWB insbesondere unzulässig, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, der Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Creos Deutschland Wasserstoff GmbH

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Creos Deutschland Wasserstoff GmbH

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Creos Deutschland Wasserstoff GmbH

Registrierungsnummer: HRB 108554

Postanschrift: Am Zunderbaum 9

Stadt: Homburg
Postleitzahl: 66424
Land, Gliederung (NUTS): Saarpfalz-Kreis (DEC05)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Encevo Deutschland GmbH (Einkauf & Facilitymanagement)
E-Mail: einkauf@encevo.de
Telefon: +49 (0)175 1825-082
Rollen dieser Organisation:
Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Bundes
Registrierungsnummer: T:022894990
Postanschrift: Kaiser-Friedrich-Straße 16
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53113
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: vk@bundeskartellamt.bund.de
Telefon: +49 228 9499-0
Rollen dieser Organisation:
Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland
E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de
Telefon: +49228996100
Rollen dieser Organisation:
TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 6326ab93-7107-4432-ad6d-defb30575378 - 01
Formulartyp: Wettbewerb
Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Unterart der Bekanntmachung: 16
Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 12/06/2025 15:56:41 (UTC+02:00)
Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit
Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch
Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 386006-2025
ABl. S – Nummer der Ausgabe: 113/2025
Datum der Veröffentlichung: 16/06/2025